

## **A5 Ukraine konsequent unterstützen**

Antragsteller\*in: Maximilian Gercke  
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

### **Antragstext**

1 Die Ukraine kämpft im Osten Europas gegen die russische Invasion und für  
2 Demokratie und Freiheit. Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben uns einer  
3 wertebasierten Außenpolitik verschrieben. Unsere zentralsten Werte sind die  
4 Sicherung und Verteidigung von Frieden, Freiheit und Demokratie weltweit. Die  
5 Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst und das Leben der Ukrainer\*innen,  
6 sondern auch eben diese Werte und die Sicherheitsinteressen aller  
7 Europäer\*innen. Russlands Angriffskrieg bricht internationales Recht und bringt  
8 Mord, Terror, Zerstörung und Vertreibung über das Land. Er hat das Ziel, die  
9 Ukraine zu vernichten und kulturell auszulöschen. Es geht in diesem Krieg auch  
10 um die Frage, ob ein autokratischer Staat mit Willkür und Waffengewalt im 21.  
11 Jahrhundert in Europa kleinere Nachbarstaaten überfallen, erobern und vernichten  
12 darf. Angesichts dessen müssen wir in Deutschland Verantwortung übernehmen und  
13 handeln.

14 Wo, wenn nicht in der Ukraine, werden wir diejenigen konsequent unterstützen,  
15 die unsere gemeinsamen Werte mit ihrem Leben verteidigen? Wann, wenn nicht  
16 jetzt, werden wir anderen Demokratien im Kampf gegen Autokratien beistehen? Und  
17 wer, wenn nicht wir, die größte Volkswirtschaft und Demokratie Europas und  
18 unsere Partner\*innen, soll die Ukraine mit allen zur Verfügung stehenden  
19 humanitären, finanziellen und militärischen Mitteln ausstatten?

20 Wir stellen uns daher klar hinter die Entscheidung der Bundesregierung, die  
21 Ukraine in ihrem Kampf für diese Werte - unsere Werte - mit allen Mitteln zu  
22 unterstützen. Dies umfasst insbesondere auch die Waffenlieferungen an die  
23 Ukraine, welche diese derzeit so dringend benötigt, um sich zu verteidigen und  
24 ihre Bürger\*innen zu befreien. Wir bekräftigen die Bundesregierung darin, diese  
25 Entscheidung auch in der Zukunft zu tragen, bis die Ukraine sich erfolgreich  
26 verteidigt hat und Frieden herrscht.

27 Wir fordern die Bundesregierung daher auf:

- 28 1. Die zugesagten Waffenlieferungen des Bundestagsentschlusses vom 28. April  
29 2022 unverzüglich in die Ukraine zu liefern, wenn notwendig auch aus

30 Materialbeständen der Bundeswehr oder aus der deutschen/europäischen  
31 Industrie.

32 2. Den EU-Partner\*innen das zugesagte Gerät im Rahmen der sogenannten  
33 Ringtauschlieferungen zeitnah zu ersetzen.

34 3. Bestehende Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und sich auf EU-  
35 Ebene gemeinsam mit den anderen EU-Staaten für eine einheitliche  
36 Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland einzusetzen.

37 4. Die Ukraine - Staat, Bevölkerung und Zivilgesellschaft - auch in Zukunft  
38 mit aller Kraft finanziell, humanitär und mit militärischer Ausrüstung zu  
39 unterstützen.

### 40 **Zugesagte Waffen liefern**

41 Nur ein kleiner Teil der Waffen, welche Deutschland der Ukraine zugesagt hat,  
42 sind auch tatsächlich dort angekommen. Doch jede Waffe, die an der Front  
43 eingesetzt werden kann, sei es Mehrfachraketenwerfer, Panzerhaubitze oder  
44 Kampfpanzer, hilft der Ukraine, die russische Invasion zurückzuschlagen. Hierbei  
45 sollte abermals geprüft werden, ob die Bundeswehr durch weitere Abgaben nicht  
46 umfänglicher unterstützen könnte. Die Bundeswehr hat diese Waffen, um Frieden,  
47 Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Dies wird gerade in der Ukraine getan.  
48 Je früher sie geliefert werden und je besser die ukrainischen Soldat\*innen beim  
49 Transport geschützt werden können, desto weniger müssen im russischen  
50 Artillerieschlag sterben, ohne die Invasoren aufhalten zu können. Die  
51 Ukrainer\*innen vertrauen auf unser Wort. Doch wenn sich unsere Zusagen nicht  
52 oder kaum erfüllen, schwindet dieses Vertrauen.

### 53 **Ringtauschlieferungen durchführen**

54 Gleiches gilt für die Ringtauschlieferungen von Waffen an unsere Partner\*innen,  
55 die ihrerseits den ukrainischen Kampf unterstützen. Dass nicht ein einziger  
56 Panzer im Ringtauschverfahren erfolgreich von Deutschland geliefert wurde,  
57 spricht von Versagen. Auch hier steht die Vertrauenswürdigkeit und  
58 Verlässlichkeit von Deutschland auf dem Spiel. Die EU-Partner\*innen erhalten  
59 immer stärker den Eindruck, dass Deutschland im Krieg mit Russland auf Zeit  
60 spielen und nicht wirklich liefern wolle. Das schadet dem Ansehen Deutschlands in  
61 der EU immens. Es sind daher auch Wege zu prüfen, unseren Partner\*innen  
62 benötigtes Material und Personal der Bundeswehr zu stellen und in diesem Rahmen  
63 überführtes Material bei der Bundeswehr zeitnah zu ersetzen. Auch hier müssen  
64 wir den Freiheitskampf der Ukraine mit allen Kräften unterstützen, sei es nur  
65 indirekt.

### 66 **Sanktionen aufrechterhalten und schärfen**

67 Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Yale School of Management zeigt,  
68 wirken unsere auf EU-Ebene beschlossenen Sanktionen. Russlands Wirtschaft steht

69 am Abgrund. Die Sanktionen zeigen nicht nur, dass ein Land büßen muss, wenn es  
70 einen menschenverachtenden Angriffskrieg führt. Viel wichtiger: Sie würgen die  
71 russischen Kriegswirtschaft ab. Je weniger Geld Putins Regime zur Verfügung  
72 steht, desto schlechter kann es Krieg führen. Daher müssen wir die bereits  
73 existierenden Sanktionen aufrechterhalten und in Absprache mit unseren EU-  
74 Partner\*innen verschärfen. Auch im Herbst und im Winter, bei steigenden  
75 Gaspreisen und auch wenn der Krieg noch darüber hinaus andauert.

### 76 **Zukünftig unterstützen**

77 Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass der Krieg dieses Jahr endet. Doch eines  
78 hat sich in den letzten Monaten klar gezeigt: Waffenlieferungen für die Ukraine  
79 machen einen Unterschied. Putin allerdings setzt darauf, dass der Westen seine  
80 Unterstützung der Ukraine nicht durchhalten wird und er die allein gelassene  
81 Ukraine endgültig überwältigen kann. Zu diesem Zweck manipuliert das russische  
82 Regime Gaslieferungen, versucht die EU zu spalten, destabilisiert unsere  
83 Gesellschaften mit Desinformationskampagnen und setzt Weizen als Waffe ein -  
84 alles, um unser Bündnis zu schwächen. Diesem Druck dürfen wir nicht nachgeben.

85 Wenn wir es ernst meinen mit unseren Werten und einer Außenpolitik, die von  
86 ihnen geleitet wird, müssen wir die Ukraine jetzt und in Zukunft unterstützen.  
87 Wenn der Westen nicht entschlossen an der Seite der Ukraine steht und sie fallen  
88 sollte, könnte Putin zu Recht annehmen, dass wir und die Demokratie, die er  
89 hasst, schwach und uneinig sind. Sein nächster Feldzug wäre nicht weit. Nichts  
90 wäre in Europa wie vor dem Krieg. Daher müssen wir uns mit aller Kraft hinter  
91 die Menschen stellen, die unsere und ihre Werte in der Ukraine verteidigen.

92 Bei der Beschlussfassung am 27.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 93 • Bundesvorstand
- 94 • Bundestagsfraktion
- 95 • Abgeordnetenhaus Berlin
- 96 • Landtag Bayern
- 97 • Grüne Jugend
- 98 • Landesverband Baden-Württemberg
- 99 • Landesverband Bayern
- 100 • Landesverband Berlin

- 101 • Landesverband Bremen
- 102 • Landesverband Hamburg
- 103 • Landesverband Hessen
- 104 • Landesverband Niedersachsen
- 105 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 106 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 107 • Landesverband Sachsen
- 108 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 109 • Landesverband Schleswig-Holstein
- 110 • Landesverband Thüringen



32 Bürger\*innen Rat, die sich der Aufgabe stellen, eine neue demokratische Struktur  
33 aufzubauen. Das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger\*innen und  
34 Expert\*innen für eine Verfassung unterstützen wir.

35 Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung und  
36 der EU-Kommission dafür einzusetzen, Bosnien-Herzegowina den Kandidatenstatus  
37 zügig zu verleihen, wenn die dortigen Regierungsparteien folgende Bedingungen  
38 erfüllen:

- 39 • die kurzfristige Rücknahme aller von Dodik vorgelegten secessionistischen  
40 Gesetze
- 41 • die Verabschiedung erster Anti-Korruptionsgesetze sowie
- 42 • die Abhaltung freier und fairer Wahlen im Oktober einschließlich der  
43 Umsetzung der Wahlergebnisse

44 Daher begrüßen wir den Antrag des Deutschen Bundestages (Bosnien und Herzegowina  
45 beim Aufbruch in eine bessere Zukunft unterstützen, [DS 20/2035](#)) und fordern die  
46 Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin bei der Bundesregierung und der EU-  
47 Kommission dafür einzusetzen, nur Reformvorschläge zu unterstützen, die ein  
48 liberal-demokratisch verfasstes Bosnien-Herzegowina zum Ziel haben und die  
49 ethnisch-nationalistische Spaltung überwinden. Von der internationalen  
50 Gemeinschaft angestrebte Reformvorhaben müssen transparent und öffentlich  
51 nachvollziehbar gestaltet werden. Für diese Prozesse ist es unabdingbar,  
52 bürgerliche und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen eine zentrale Stellung zu  
53 geben.

54 Daher muss Bosnien-Herzegowina zur Verleihung des Kandidatenstatus sowohl  
55 bilateral als auch durch die EU, die Unterstützung bekommen, um diese Ziele zu  
56 erreichen.

57 Bei der Beschlussfassung am 28.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 58 • Landtagsfraktion Bayern
- 59 • Grüne Jugend
- 60 • Landesverband Baden-Württemberg
- 61 • Landesverband Bayern
- 62 • Landesverband Berlin

- 63 • Landesverband Bremen
- 64 • Landesverband Hamburg
- 65 • Landesverband Hessen
- 66 • Landesverband Niedersachsen
- 67 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 68 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 69 • Landesverband Sachsen
- 70 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 71 • Landesverband Schleswig-Holstein

## **D1 Gegen Repressionen und Verbote: Palästinensische NGOs brauchen Unterstützung**

Antragsteller\*in: Steffen Hagemann, Jörn Böhme, Friedel  
Grüzmacher, Martin Pilgram, David Baltzer,  
Tobias Balke, Martin Forberg, Ursula  
Mindermann

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Antragsberatungen

### **Antragstext**

1 Am 18. August 2022 haben israelische Sicherheitskräfte die Büros von sechs  
2 palästinensischen NGOs, darunter Menschenrechtsorganisationen wie al-Haq und  
3 Addameer, durchsucht, Unterlagen konfisziert und die Büros verschlossen. Bereits  
4 im Oktober 2021 hatte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz diese  
5 Organisationen als Terrororganisationen eingestuft, ohne jedoch Belege hierfür  
6 vorzulegen. Die Einstufung als Terrororganisation ist daher von zahlreichen  
7 Staaten der EU, darunter Deutschland, zurückgewiesen worden. Bislang konnten die  
8 betroffenen Organisationen weiterarbeiten, mit der Razzia ist ihre Existenz nun  
9 akut gefährdet.

10 Das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die sechs palästinensischen  
11 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist ein Schlag ins Gesicht aller Kräfte,  
12 die sich für Menschenrechte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für  
13 faire Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts einsetzen.

14 Wir fordern die Bundesregierung auf, die israelischen Razzien zu verurteilen,  
15 ihre Haltung aus dem gemeinsamen Statement der neun EU-Staaten aus dem Juli 2022  
16 zu bekräftigen und die israelische Regierung aufzufordern, die Einstufung der  
17 palästinensischen NGOs als Terrororganisationen zurückzunehmen. Zudem müssen  
18 Deutschland und die EU konkrete Schritte unternehmen, um das Weiterbestehen und  
19 die Fortführung der Arbeit der betroffenen NGOs sicherzustellen. Dazu gehört  
20 insbesondere, die finanzielle Förderung auch in Zukunft zu ermöglichen.

21 Bei der Beschlussfassung am 28.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 22 • Landtagsfraktion Bayern
- 23 • Grüne Jugend



- 24 • Landesverband Baden-Württemberg
- 25 • Landesverband Bayern
- 26 • Landesverband Berlin
- 27 • Landesverband Bremen
- 28 • Landesverband Hamburg
- 29 • Landesverband Hessen
- 30 • Landesverband Niedersachsen
- 31 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 32 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 33 • Landesverband Sachsen
- 34 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 35 • Landesverband Schleswig-Holstein